

Kambodschas Pressefreiheit: Journalismus in einer Autokratie

von Leonie Kijewski

März 2019

In den letzten Jahren wurde die Pressefreiheit in Kambodscha immer mehr eingeschränkt. Mehr als 30 Radiosendern wurde die Lizenz entzogen. Eine der zwei unabhängigen englischsprachigen Tageszeitungen musste schließen. Die andere wurde an einen Investor verkauft, der Verbindungen zur Regierung hat. Mehrere Journalisten und Aktivisten wurden verhaftet, und kontroverse Gesetze verabschiedet.

Im Kontext: Zwischen Kambodschas Wahlen und Pressefreiheit

Kambodscha wird seit 33 Jahren von Premierminister Hun Sen regiert. Im Juli 2018 gelang es ihm, seine Machtposition um weitere fünf Jahre zu verlängern.

Im Vorjahr verliefen die Kommunalwahlen – im Juni 2017 – recht ruhig und ohne große Unregelmäßigkeiten. Ihnen folgten jedoch Monate von Einschüchterungen der Zivilgesellschaft in Form von Verhaftungen und Drohungen. Zwei Jahre zuvor hatte das Parlament das kontroverse »LANGO«-Gesetz (Law on Associations and Non-Governmental Organisation) verabschiedet, das wagen und restriktive Regeln für Organisationen anordnet. Im Mai 2016 wurde außerdem ein neues Gewerkschaftsgesetz ver-

abschiedet, das laut Menschenrechtsorganisationen disproportionale Einschränkungen der Rechte von Gewerkschaften beinhaltet und weder nationale noch internationale Standards einhält.

Nachdem die Oppositionspartei *Cambodia National Rescue Party* (Nationale Rettungspartei Kambodschas, CNRP) mehr als 40 Prozent der Stimmen in den Kommunalwahlen gewonnen hatte, dauerte es nicht lange, bis die Regierung repressive Maßnahmen ergriff, um ihren Sieg in den Parlamentswahlen des kommenden Jahres zu sichern und die Zivilgesellschaft einzuschüchtern. Im September wurde beispielsweise LANGO eingesetzt, um die NGO *Equitable Cambodia*, die sich für Landrechte einsetzt, temporär zu suspendieren.

Anfang September 2017 wurde der Oppositionsführer Kem Sokha in einer Nacht-und-Nebel-Ak-

tion verhaftet. Ihm wird Verrat vorgeworfen und eine Verschwörung mit den USA, um die kambodschanische Regierung zu stürzen, unterstellt. Im September 2018 wurde er auf Kaution freigelassen, allerdings unter Hausarrest. Sein Gerichtsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. Am 17. November wurde seine Partei, die CNRP, aufgelöst, und 118 ihrer Parlamentarier*innen von allen politischen Aktivitäten für fünf Jahre verbannt.

Im Juli 2018 wurden dann Parlamentswahlen abgehalten. Die Regierungspartei CPP (*Cambodian People's Party*, Kambodschanische Volkspartei) gewann alle 125 Sitze und machte Kambodscha damit zu einem de-facto Einparteiensstaat. Auch andere – nicht politische – Akteure sahen ihre Rechte und Freiheiten eingeschränkt. Darunter war die Presse eine der zentralen Zielscheiben der Regierung.

Pressefreiheit in Kambodscha

In den letzten zwei Jahren hat sich die Medienlandschaft in Kambodscha drastisch verändert. Eine der zwei großen unabhängigen englischsprachigen Zeitungen, der *Cambodia Daily*, musste schließen, die andere wurde an einen regierungsnahen Investor verkauft. Zwar gibt es eine Vielzahl an anderen Zeitungen, aber keine davon ist unabhängig. Einige haben direkte oder indirekte Verbindungen zu Hun Sens Familie.

Ein Medienkommentator wurde 2016 erschossen. Zwei Journalisten wurden verhaftet, zwei andere angeklagt. Mehr als 30 Radiosendern wurde die Lizenz entzogen. Kambodscha fiel in der Rangliste der Pressefreiheit von Reporter ohne Grenzen von Platz 128 in 2016 auf 142 in 2018.

Der Fall des *Cambodia Daily*

Der *Cambodia Daily* wurde im Jahre 1993 als NGO gegründet, um neben der Produktion einer unabhängigen Zeitung Journalist*innen Medientrainings anzubieten und junge Menschen zu kritischen Reporter*innen auszubilden. Als der Gründer, Bernard Krishner, die Leitung an

seine Tochter, Deborah Krishner-Steele, im April 2017 übergab, meldete das neue Management die Zeitung als Unternehmen an.

Im Monat vor den Kommunalwahlen 2017 reisten der kambodschanische Journalist Aun Pheap und sein kanadischer Kollege Zsombor Peter in Kambodschas Norden nach Ratanakiri. Dort interviewten sie Bewohner*innen der einzigen Kommune von insgesamt sechzig in der Provinz, in der die Oppositionspartei in den letzten Parlamentswahlen gewonnen hatte. Ende August wurden sie vom Provinzstaatsanwalt mit »Anstiftung, eine Straftat zu begehen« angeklagt. Die Anklage beruht auf einer Beschwerde des Gemeinderates, dass die beiden Journalisten Bewohner*innen der Kommune gefragt hatten, für wen sie stimmen würden. Die beiden Journalisten flohen aus dem Land. Pheap erhielt Flüchtlingsstatus und wohnt nun im Ausland.

Das kambodschanische Steueramt schickte im gleichen Jahr einen Steuerbescheid in Höhe von 6,3 Millionen US-Dollar (ca. 5,5 Millionen Euro) an den *Daily*. Der Bescheid wurde durch die regierungsnahen Webseite *Freshnews* im August 2017 publiziert. Wenige Tage später mahnte Premierminister Hun Sen die Zeitung in einer öffentlichen Rede an, die geforderten Steuern zu zahlen oder »die Sachen einzupacken und zu gehen«. In der gleichen Rede nannte er die Zeitung den »chief thief« (»Hauptdieb«).

Krishner-Steele erzählte der *Phnom Penh Post*, dass sie eine Buchprüfung beim Steueramt beantragt hatten, diese aber nicht gewährt bekommen. Der *Daily* bestreitet, der Regierung Steuern in Höhe von 6,3 Millionen US-Dollar zu schulden. Krishner-Steele erklärte in einer Stellungnahme, dass die Zeitung nie Profite eingefahren hatte. Die Regierung insistiert darauf, dass der Steuerbescheid nicht politisch motiviert sei.

Am 4. September 2017 – am Tag vor Ablauf der Zahlungsfrist – kündigte das Management die Schließung des *Cambodia Daily* an. Die letzte Printversion erschien unter dem Titel »Descent into Outright Dictatorship« (Abstieg in die offene Diktatur) und thematisierte die Verhaftung des Oppositionsführers Kem Sokha in der Nacht vom 3. auf den 4. September sowie die Schließung der Zeitung.



Radio Free Asia und Voice of America

Radio Free Asia (RFA) kündigte im September 2017— kurz nach der Verhaftung Kem Sokhas und der Schließung des *Cambodia Dailys* — an, ihr Büro in Phnom Penh zu schließen. Die Regierung hatte die Suspendierung von mehr als 30 Radiostationen angeordnet, die das Programm von RFA ausstrahlten. Im August hatte das Finanzministerium RFA ermahnt, Steuern zu zahlen. Laut einer RFA Sprecherin engagierte RFA in »voller Kooperation« mit dem Finanzministerium, um vollständige Lizenzen zu erhalten.

RFA strahlt nun die Sendungen von ihrem Büro in Washington in den USA aus.

Im November des gleichen Jahres wurden die ehemaligen RFA Reporter Uon Chhin und Yeang Sothearin verhaftet. Ihnen wurde zunächst »Produktion von Pornografie« vorgeworfen, dann, für die USA spioniert zu haben. Sie wurden im August 2018 auf Kaution freigelassen.

Das Steueramt mahnte auch den Radiosender *Voice of America* (VOA) an. VOA habe sich nicht richtig registriert, um Steuerzahlungen zu umgehen.

Kritische Stimmen fehlen in Kambodschas Presselandschaft
Foto:
© Nickie Mariager-Lam
(<https://nickie.mariager-lam.com>)

Übernahme der *Phnom Penh Post*

Nachdem der *Cambodia Daily* und mehr als dreißig Radiostationen geschlossen wurden, konnte die *Phnom Penh Post* zunächst weiterhin unabhängig berichten. Nach einigen Monaten eskalierten die Einschüchterungen jedoch.

Ein ehemaliger Manager, Chris Dawe, verklagte die *Phnom Penh Post* für unrechtmäßige Entlassung, nachdem ihm im November 2015 wegen schwerwiegendem Fehlverhalten, einschließlich angeblicher Fälschung von Dokumenten, gekündigt wurde. Die *Phnom Penh Post* verlor das Gerichtsverfahren in erster und zweiter Instanz und wurde aufgefordert, 260.000 US-Dollar (ca. 230.000 Euro) zu zahlen.

Die *Post* ging in Berufung. Bevor ein Gerichtstermin für die Berufung angesetzt wurde, erschienen mehr als 20 Polizisten im Büro der Zeitung Ende März 2018, um Besitzgüter im Wert von 260.000 US-Dollar zu beschlagnahmen. Anwälten gelang es, eine Frist von ungefähr drei Wochen auszuhandeln. Am Tag des Ablaufes der Frist – am 24. April – kam eine Entscheidung des obersten Gerichtshofes: keine Güter sollten beschlagnahmt werden, bis ein endgültiges und rechtskräftiges Urteil gefällt wurde.

Gleichzeitig befand sich die *Phnom Penh Post* in einem Steuerdisput. Das Steueramt verlangte 3,8 Millionen US-Dollar (ca. 3,3 Millionen Euro) an Steuernachzahlungen. Ein Großteil hiervon beruhte auf einer kreativen Berechnung: jede unverkaufte Zeitung wurde mit einem Wert von 1 US-Dollar berechnet (der Verkaufspreis), auf den Steuern gezahlt werden sollten. Anstatt als Verlust wurden die unverkauften Zeitungen also als Gewinn angeschrieben, auf die Steuern gezahlt werden sollten.

Am 5. Mai 2018 – ein Samstag – wurde dann der Verkauf der Zeitung angekündigt. Der malaysische Investor Sivakumar Ganapathy, Direktor der PR-Firma *Asia-PR*, habe die Zeitung gekauft. Am folgenden Tag veröffentlichte die *Phnom Penh Post* einen Artikel der Journalisten Ananth Baliga und Brendan O’Byrne, in dem sie

Verbindungen des Investors zu der kambodschanischen Regierung offenlegten.

Am Montag, den 7. Mai, erschienen Repräsentanten des neuen Eigentümers und entließen den Chefredakteur Kay Kimsong. Begründungen variierten: erst hieß es, er wurde gefeuert, weil er die »ausländischen Reporter« nicht unter Kontrolle hatte, dann sagten die Repräsentanten, es sei eine normale »Betriebsentscheidung«, da sie einen neuen Chefredakteur anstellen wollten. Vier andere Reporter*innen und Redakteur*innen wurden aufgefordert, den Artikel von der Webseite zu nehmen. Sie weigerten sich und kündigten.

Die verbleibenden Reporter*innen schrieben einen Artikel über die Geschehnisse des Tages, der – stark zensiert – am nächsten Tag veröffentlicht wurde. Nach Gesprächen mit dem neuen Management und dem neuen Chefredakteur kündigten auch die restlichen ausländischen Reporter*innen.

Die meisten kambodschanischen Journalist*innen blieben, da sie für ihre Familien sorgen müssen. In den folgenden Wochen drohte das neue Management den Journalist*innen, die gekündigt hatten, mit Klagen, sah am Ende aber davon ab.

Seit der Übernahme haben auch die meisten kambodschanischen Reporter*innen gekündigt. Von den ungefähr zwanzig ausländischen und kambodschanischen Reporter*innen, die vor der Übernahme über Kambodscha berichteten, arbeiten heute weniger als fünf noch bei der *Post*.

Entwicklungen seitdem

Die meisten ausländischen Journalist*innen, die beim *Cambodia Daily* oder der *Phnom Penh Post* arbeiteten, haben das Land verlassen: entweder, weil sie einen neuen Arbeitgeber gefunden haben, aus finanziellen-, oder aus Visa-Gründen.

Einige der kambodschanischen Journalist*innen, die beim *Cambodia Daily* arbeiteten, sind nun bei NGOs angestellt, nachdem sie sich teil-



weise monatelang um Stellen bewerben mussten. Das Informationsministerium erklärte einigen Journalist*innen sie würden keinen Presseausweis ausgestellt bekommen, da sie auf einer »schwarzen Liste« des Ministeriums stünden.

Die Journalist*innen, die weiterhin bei der *Phnom Penh Post* arbeiten oder arbeiteten, beklagten sich nach der Übernahme über:

- Unangemessene Eingriffe in ihre Unabhängigkeit
- Verbote, mit bestimmten Organisationen zu reden
- Verbote, über bestimmte Themen zu berichten
- Selbstzensur, wenn bestimmte Artikel voraussichtlich nicht veröffentlicht werden

Die *Phnom Penh Post* unternimmt nun kaum mehr Recherchetrips in andere Städte oder Dörfer und berichtet zum Großteil nur noch vom Büro aus. Die Webseite des *Cambodia Daily* wurde in Kambodscha erst blockiert, kann mittlerweile aber über manche Internet-Anbieter wieder erreicht werden. Einige Wochen nach ihrer Schließung begann die *Daily* kurze Zusammenfassungen von Artikeln über Kambodscha von anderen internationalen Publikationen zu veröffentlichen und diese zu verlinken. Seit Kurzem zeigt sie auch Interviews mit Aktivist*innen oder Expert*innen in kurzen Videoclips.

Im Januar 2019 erklärte die Regierung, der *Cambodia Daily* könnte seine Arbeit wiederaufnehmen – wenn die Steuern bezahlt wurden.

Die englischsprachige Tageszeitung Cambodia Daily musste im September 2017 ihre Arbeit einstellen. Foto: Simon Le Pévédic (<https://www.flickr.com/photos/simononflickr/4935643369> unter CC BY-NC-SA 2.0)

Dies soll wohl ein Signal der Entspannung ausdrücken, verändert an der Realität aber wenig.

Gleichzeitig gibt es Initiativen von Journalist*innen im Lande, die die Presselandschaft wieder diversifizieren wollen. Diese befinden sich allerdings noch in den Anfängen, und es bleibt zu sehen, wie erfolgreich sie umgesetzt werden können.

Gesetzesentwicklungen

In den letzten Jahren verabschiedete das Parlament eine Reihe von Gesetzen, die die Meinungsfreiheit im Land einschränken. Dies betrifft besonders soziale Medien wie Facebook, die sich für viele Kambodschaner*innen zu Hauptquellen von Nachrichten entwickelt haben und eine Plattform für kritische Stimmen bieten. Im September 2016 wurden außerdem Richtlinien für Wahlberichte veröffentlicht, die Berichte verbieten, die die »nationale Sicherheit und politische sowie soziale Stabilität gefährden«. Dies diente zur Einschüchterung von Medien. Im Mai 2018 wurden Medien gewarnt, keine Informationen zu veröffentlichen, die zu »Verwirrung« oder »Vertrauensverlusten in die Wahlen« führen. Da besonders internationale Berichterstattung darauf beruhte, dass die Parlamentswahlen als nicht legitim und frei gesehen wurden, wurde letzterer Punkt als Einschüchterung von Journalist*innen gesehen.

Überwachung von Social Media

Anfang Juni 2018 kündigte die Regierung eine neue Regulierung für soziale Netzwerke an. Die Regierung würde von nun an soziale Medien und Webseiten überwachen, um die Verbreitung von Inhalten, die »soziales Chaos verursachen und die nationale Sicherheit gefährden können«, zu verhindern.

Drei Ministerien — das Informationsministerium, das Ministerium für Post und Telekommunikation, und das Innenministerium — sind seither verantwortlich dafür, die Inhalte zu überwachen. Dies stieß auf starke Kritik der Zivilgesellschaft und Skepsis in den Medien.

Eine wachsende Nummer von Facebook-Nutzer*innen wurde für Inhalte verhaftet, die sie auf ihren privaten Profilen geteilt hatten.

Majestätsbeleidigungs- oder Lèse-Majesté-Gesetz

Im Februar 2018 trat ein neues »Lèse-Majesté« Gesetz in Kraft, das Kritik am König verbietet. Dies wird unter Artikel 437 des Strafgesetzbuches als »Worte, Gesten, Schrift, Bilder, oder andere Medien, die die Würde des Königs beeinträchtigen« definiert.

Unter dem Gesetz können auch Medienorganisationen mit Strafen in Höhe von 2.500 bis 12.500 US-Dollar (ca. 2.200 bis 11.000 Euro) belegt, Besitzgüter konfisziert, und sogar das gesamte Unternehmen geschlossen werden.

Im Mai 2018 erfolgte die erste Verhaftung. Der 50-jährige Schulleiter Kheang Navy wurde wegen eines Facebook-Kommentars verhaftet, in dem er sagte, der König trage Schuld an der Auflösung der Oppositionspartei. Im gleichen Monat wurde Ban Somphy (70) verhaftet, ein Frisör und ehemaliger Oppositionsbezirksleiter. Im Oktober 2018 wurde er zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, da er einen Facebook-Beitrag geteilt habe, in dem König Norodom Sihamoni kritisiert wird, und der ein Foto von Premierminister Hun Sen und seiner Frau enthielt. Fünf Monate von seiner Ein-Jahres-Haftstrafe wurden suspendiert. Im Februar, zwei Monate nach Ablauf seiner eigentlichen Haftstrafe, verlängerte ein Richter seine Inhaftierung um mindestens drei Monate auf Antrag der Staatsanwaltschaft. Ein weiterer Kambodschaner, Leng Cholsa, wurde im Januar 2019 zu drei Jahren Haft für einen »beleidigenden« Facebook-Post und ein weiterer Facebook-Nutzer für angebliche Beleidigung des Königs verurteilt.

Die Zukunft der Presselandschaft

Über die letzten zwei Jahre hat sich Kambodschas Medienlandschaft drastisch verändert. Von der pulsierenden Dynamik ist kaum mehr



etwas übrig. Viele Aktivist*innen und Sachverständige geben keine Interviews mehr aus Angst, ihre Aussagen könnten ein Nachspiel haben. Von den mehr als 50 ausländischen Journalist*innen sind nur noch ungefähr ein Dutzend im Land.

Und obwohl die Spannung über die letzten Monate etwas abgenommen hat, ist es unwahrscheinlich, dass sich die Presselandschaft wieder so erholen kann, dass sie vorherige Standards und Diversität erreicht. Dies bedeutet, dass kritische Stimmen in der Politik und Gesellschaft fehlen oder kaum widerspiegelt werden.

Wo die Berichterstattung vorher schon lückenhaft war, z. B. in ländlichen Gebieten, ist nun kaum mehr möglich zu erfahren was geschieht und ob und wo Menschenrechtsverletzungen

begangen werden. Dies birgt allerdings auch das Risiko für die Regierung, keine zuverlässige Berichterstattung über regierungskritische Aktivitäten zu erhalten, und demnach nicht zu wissen, wie stark oppositionelle Kräfte sind oder wie unzufrieden oder zufrieden die Bevölkerung mit der Regierung ist.

Es bleibt auch weiterhin offen, ob vor den nächsten Wahlen in 2023 weitere repressive Maßnahmen ergriffen werden und eventuell weitere oder neu gegründete Medien wieder schließen müssen.

Während die Phnom Penh Post übernommen wurde, halfen dem Cambodia Daily auch keine Solidaritätskampagnen. Foto: Cambodian Center for Human Rights, <https://www.facebook.com/cchrcambodia/photos/a.10150196411920431/10159137249540431/>

Weiterführende Links

- Deutsche Welle. Esther Felden/Sokcheng Thai: Ein Tod in Kambodscha. <https://www.dw.com/de/ein-tod-in-kambodscha/a-19396894>, 13.7.2016
- Global Witness. Emma Burnett: Cambodia's »descent into outright dictatorship« <https://www.globalwitness.org/en/blog/cambodias-descent-outright-dictatorship>, 5.9.2017
- Phnom Penh Post. Ananth Baliga and Niem Chheng. Hun Sen says Cambodia Daily must pay its \$6.3M tax bill or »pack up«. <https://www.phnompenhpost.com/national/hun-sen-says-cambodia-daily-must-pay-its-63m-tax-bill-or-pack>, 23.8.2017
- Phnom Penh Post. Ananth Baliga, Mech Dara and Niem Chheng. RFA shuts down Cambodia operations amid media crackdown. <https://www.phnompenhpost.com/national/rfa-shuts-down-cambodia-operations-amid-media-crackdown>, 12.9.2017
- VOA. Sun Narin: Endangered Cambodian Journalist Flees to US <https://www.voanews.com/a/cambodian-journalist-fearing-arrest-obtains-un-refugee-status-flees-to-us/4372404.html>, 1.5.2018
- VOA Khmer. Kann Vicheika. Cambodia Forms Task Force to Monitor »Fake News« on Social Media, <https://www.voacambodia.com/a/cambodia-forms-task-force-to-monitor-fake-news-on-social-media/4425534.html>, 6.6.2018

Die Autorin

Leonie Kijewski ist freie Journalistin in Kambodscha. Sie berichtet über Politik und Menschenrechte und schreibt für internationale Medien wie Al Jazeera und The Guardian. Vorher war sie bei der Phnom Penh Post angestellt, kündigte aber im Mai 2018, als die Zeitung verkauft wurde.

Für den Inhalt dieser Publikation ist allein die Stiftung Asienhaus verantwortlich; die hier dargestellten Positionen geben nicht den Standpunkt von Engagement Global gGmbH und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung wieder.

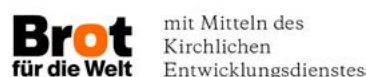
Gefördert von Engagement Global im Auftrag des



und



und



Dieses Werk ist unter der Creative-Commons-Lizenz 4.0 (CC BY-SA 4.0) veröffentlicht.

Die Stiftung Asienhaus

Die Stiftung Asienhaus folgt dem Leitbild »Menschen verbinden, Einsichten fördern, Zukunft gestalten« und trägt dazu bei, Brücken zwischen Zivilgesellschaften in Asien und Europa zu bauen. Sie setzt sich ein für die Verwirklichung der Menschenrechte, für die Stärkung gesellschaftlicher und politischer Teilhabe, sowie für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt.

Impressum

V. i. S. d. P.:
Raphael Göpel | Stiftung Asienhaus
Hohenzollernring 52
50672 Köln
Tel.: 0221|71 61 21-25
Email: raphael.goepel@asienhaus.de
Web: <https://www.asienhaus.de>
Design and Production:
Klartext Medienwerkstatt GmbH
(<http://www.k-mw.de>)